



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 02. Februar 2018

Band 12, Ausgabe 2

Themen

- **Zuwanderung**
- **Bundesregierung**

"Die künftige Regierung muss mehr Wirtschaft wagen - in der Digitalisierung, beim internationalen Steuerwettbewerb und in der Energiewende."

(Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Dieter Kempf, zum Beginn der Koalitionsverhandlungen)

In dieser Ausgabe:

Daten zum Familiennachzug nicht erhoben 2

Familiennachzug jetzt auch für subsidiär Geschützte 2

Bundestag nimmt Facharbeit auf

Die Koalitionsverhandlungen mit der SPD, an denen auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion beteiligt sind, dauern an. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind dabei Ausgangspunkt und roter Faden. Bereits fest Vereinbartes werden wir nicht mehr aufgeben, es wird nur in Punkten ergänzt und erläutert.

Eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung gibt uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unsere dort getroffenen Entscheidungen zu finanzieren. Dabei steht auch das Thema Digitalisierung ganz vorne, neben den Bereichen Sicherheit – innere und soziale –, Infrastruktur, Bildung und Familie, in denen wir jetzt neue Rahmen setzen, Planungen beschleunigen und als Bund den Ländern bei Finanzierung alter und neuer Aufgaben beistehen wollen.

Der zeitliche Rahmen für die Gespräche ist eng gesetzt. Sie sollen am Ende der laufenden Woche zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

In dieser Sitzungswoche haben sich Bundestagsausschüsse konstituiert, die wir in der vergangenen Sitzungswoche eingesetzt hatten. Neben Ausschüssen mit beson-



Quelle: Deutscher Bundestag

derem parlamentarischen Bezug wie dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung betraf das insbesondere die Fachausschüsse, die vor allem für die Gesetzgebungsarbeit wichtig sind. Dabei entspricht jedem Ressort ein Ausschuss. Das gewährleistet eine optimale und stringente Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns.

Auch in dieser Wahlperiode bin ich wieder ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss, und bearbeite dort den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, den größten Einzeletat aller Ministerien. In den Bera-

tungen stehen Fragen zu Ausgabenbereichen wie Rente, Hartz IV, Grundversicherung im Alter, Eingliederung in Arbeit, Inklusion behinderter Menschen usw. im Mittelpunkt. Daneben befasse ich mich unter anderem mit den Haushalten der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und des Bundessozialgerichts.

Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, dem Europaausschuss und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Als Stellvertreter kann ich an allen Ausschusssitzungen teilnehmen und bekomme auch sämtliche Informationen und Ausschussmaterialien, bin jedoch nur in Vertretung eines nicht anwesenden ordentlichen Mitgliedes meiner Fraktion stimmberechtigt. Herzlichen Dank an meinen geschätzten Kollegen in der Unionsfraktion, dass ich so meine Arbeit als Haushaltspolitiker in bewährter Form fortsetzen kann.

Daten zum Familiennachzug nicht erhoben

In der Fragestunde dieser Woche habe ich die Bundesregierung nach der Erfassung und statistischen Aufbereitung der Anträge für den privilegierten Familiennachzug von Asylbewerbern gefragt. Mit der Antwort der Bundesregierung bin ich nicht zufrieden, denn es ist für mich nur schwer nachvollziehbar, dass das Auswärtige Amt tatsächlich keine Kenntnis über die Anzahl in Konsulaten und Botschaften gestellter Anträge auf Familiennachzug hat bzw. eine Erhebung und Aufbereitung dieser Daten mit großem Aufwand verbunden wäre.

Angesichts weltweiter digitaler Vernetzung auch der Dienststellen müsste es doch



recht einfach zu bewerkstelligen sein, diese zahlenmäßig zusammenzuführen, die Anträge für den privilegierten Familiennachzug mit einem Kennzeichen zu versehen und besonders zu erfassen, so dass tagesaktuelle Informationen darüber vorliegen, wie viele Anträge noch in der Pipeline sind und welche finanzielle Last auf die Steuerzahler damit absehbar zukommt..

Mit der Erhebung der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer - von der Antragstellung mit dem Eingangsstempel bis zur Entscheidung und dem entsprechenden Ablagestempel - sowie des Anteils positiver Ent-

scheide würde es darüber hinaus weiter erleichtert, den notwendigen Finanzbedarf für die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen im vorhinein abzuschätzen.

Dies wäre aus meiner Sicht auch ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der sehr emotional geführten öffentlichen Debatte zur Zuwanderung, den die Bundesregierung durch mehr Transparenz leisten könnte. Deshalb habe ich meinen Wunsch der Bereitstellung dieser Daten auch dem geschäftsführenden Staatssekretär mit auf den Weg gegeben und hoffe, dass in absehbarer Zeit von Regierungsseite mehr Informationen in solch wichtigen Bereichen zur Verfügung gestellt werden. Hier der Link zur Antwort der Bundesregierung:

<https://tinyurl.com/ycroguzo>

Familiennachzug jetzt auch für subsidiär Geschützte

So wie in den Sondierungsgesprächen mit der SPD vereinbart, bleibt der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten noch bis zum 1. August 2018 ausgeschlossen. Danach soll der Zuzug zumindest der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen werden. Die genauen Kriterien müssen aber erst noch in einem neuen



Quelle: Deutscher Bundestag

Gesetzgebungsverfahren festgelegt werden. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Im Gegenzug soll die Aufnahme von – wie bisher – monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien entfallen.

Unsere Parteispitzen haben mit den Sozialdemokraten diese Regelung getroffen. Mit der Einigung wurde auch eine wichtige Hürde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen.

Ich sehe diese Entscheidung zur Schaffung neuer Möglichkeiten für die Zuwanderung nicht politisch verfolgt und nicht für den Arbeitsmarkt qualifizierter Menschen kritisch.

Ich glaube, dass die meisten Menschen im Land davon weniger statt mehr wollen, und mir fehlt ein einleuchtendes Argument, warum Menschen, die ohnehin demnächst das Land wieder verlassen müssen, ihre Familie noch nachholen sollten – außer in besonderen Härtefällen. Die hier beschriebene Einigung schafft ohne Not eine neue Schleuse für mehr Zuwanderung!